

„Der Markt ist ein Mythos“

Steuroasen sind Folge des Wettlaufs der Staaten um Kapital, sagt Politologe Joachim Hirsch. Noch schlimmer sind offizielle Steuertricks.

HELMUT KRETZL

Aus dem Sicherheitsstaat von einst ist ein Wettbewerbsstaat geworden, der mit fast allen Mitteln um Kapital kämpft, sagt der Frankfurter Wissenschaftler.

SN: Wie kämpft ein Staat um Kapitalzuflüsse?

Joachim Hirsch: Er kann die Löhne niedrig halten, Infrastruktur ausbauen oder für Rechtssicherheit sorgen. Er kann aber auch Steuervorteile bieten. Dabei spielt die illegale Steuervermeidung wohl eine geringere Rolle als die legale.

SN: Sie meinen durch legale Dumping-Steuersätze wie in Irland, das Unternehmen nur mit 12,5 Prozent besteuert?

Genau. Oder nehmen Sie Deutschland, das auf Platz 9 der Liste der Steuroasen liegt, Panama erst auf Platz 13. Bayern wirbt sogar damit, dass die Steuerprüfung nachlässig ist, weil Finanzämter nicht ausreichend besetzt sind. Oft sind Steuroasen eng verflochten mit legalen Finanzzentren, wie die (britischen, Anm.) Jungferninseln mit dem Finanzplatz London. Die Trennlinie zwischen legaler und illegaler Steuervermeidung ist eine Grauzone.

SN: Ist es deshalb so schwierig, dies zu verhindern?

Es gäbe schon die Möglichkeit, wenn die EU eine politische Union

mit einer einheitlichen Gesetzgebung wäre. Eine durchsetzungsfähige politische Einheit könnte die Umgehungsmöglichkeiten abschaffen. Europa würde aber weiter konkurrieren mit Südostasien oder den USA. Aber die EU kann Steuergesetze nicht vereinheitlichen, weil einzelne Staaten auf ihre Souveränität pochen, um als Wettbewerbsstaaten fungieren zu können.

SN: Können sich Staaten diesem Wettbewerb nicht entziehen?

Sie haben immer einen Spielraum. Es fragt sich, warum sie den nicht nützen, indem sie illegale Schlupflöcher stopfen. Aber wer Geld hat, schafft an. Unternehmen drohen mit der Verlagerung von Investitionen. Auch wenn sich das oft gar nicht lohnt, weil es in Ländern mit billigerer Arbeitskraft vielleicht andere Probleme gibt wie Korruption. Es ist eine Frage demokratischer Einflussnahme, ob man einen Staat zwingt, seinen Spielraum auch auszunützen. Staaten sind nicht nur Opfer, sondern auch Täter.

SN: Bei einem Vortrag kürzlich in Wien haben Sie den Markt als Mythos bezeichnet. Warum?

Markt ist ein Mythos, wenn er dem Staat entgegengesetzt wird. Es gibt keinen Markt ohne Staat, weil ein Markt nur durch gesetzliche Garantien existieren kann. Ich muss mich verlassen können, dass Kaufverträge eingehalten und Schulden be-

zahlt werden. Dazu bedarf es staatlicher Gewalt. Zweitens ist der Markt auch ein Mythos, weil ihm regulative Kompetenzen und Potenziale zugesprochen werden, die er nicht hat. Etwa die Vorstellung, der Markt könnte eine optimale Ressourcenverwendung herstellen. Aber der Markt kann Knappheiten nicht abbilden, die in zehn Jahren eintreten. Wenn etwas knapp wird, würde der Preis in die Höhe schnel-

len, aber dann ist es zu spät. Gibt es Arbeitskräfte im Überschuss, sinken die Löhne, wenn nur der Markt herrscht. Das kann dazu führen, dass Leute verhungern. Also muss man eine Grenze einziehen, etwa einen Mindestlohn. Ohne politische Einflussnahme geht das nicht.

SN: Ist nach dem Ende des Kommunismus der Kapitalismus das Modell der Zukunft?

Wir haben aktuell nur das eine Modell in unterschiedlichen Ausformungen. Neben der neoliberalen gibt es auch eine soziale Marktwirtschaft. Aber ich gehe davon aus, dass das kapitalistische System auf Dauer nicht lebensfähig ist.

SN: Warum nicht?

Es krankt an Widersprüchen, die nicht aufhebbar sind. Es sei denn, man zerstört die Gesellschaft so, dass man wieder von vorn anfangen muss, etwa durch einen Krieg. Wenn wir das nicht möchten, brauchen wir Alternativen. Die sind aber

sehr schwer zu formulieren, weil die alten Gewissheiten weg sind. Der Wunsch danach ist stärker als je zuvor, aber es mangelt an konkreten Vorstellungen. Das kann man auch nicht am Schreibtisch entwerfen, es muss aus gesellschaftlicher Praxis kommen. Auch der Kapitalismus wurde nicht erfunden, sondern ist langsam entstanden, weil Leute anfangen zu handeln und mit Geld zu wirtschaften.

SN: Sehen Sie da schon Ansätze?

Einzelne wenige, die aber miteinander in Konflikt stehen. Dabei kann man auch sehen, was geht und was nicht. Eine übergreifende Vorstellung wäre „degrowth“, also Antiwachstum. Das zieht besonders junge Menschen an, die nicht mehr zufrieden sind mit dem permanenten Wachstumsdruck.

SN: Was sind die Widersprüche im Kapitalismus?

Er ist im Prinzip naturzerstörerisch. Im Grunde beruht Kapitalismus auf der grenzenlosen Ausbeutung von Ressourcen jedweder Art. Dazu kommt die immanente Tendenz zur allmählichen Abschaffung der Lohnarbeit. Je mehr Menschen man durch Rationalisierung freisetzt, desto schwieriger wird es für Unternehmen, Profite zu machen. Einmal, weil zu wenig Leute Lohn haben, um etwas kaufen zu können. Außerdem verschwindet mit der Rationalisierung auch die Arbeitskraft, die Profite schafft. Aktuell pumpt die EZB wie verrückt billiges Geld in den Markt, um Investitionen anzukurbeln. Es wird aber nichts investiert, weil die Profitmöglichkeiten zu gering sind. Solche Perioden gibt es immer wieder. In den 30er-Jahren etwa hat man versucht, den Kapitalismus auf eine neue wohlfahrtsstaatliche Basis zu stellen, über einen „New Deal“. Das hat eine Zeit lang funktioniert.

SN: Hat sich das Rezept totgelaufen?

Ja. Aber diese Lösung hat sich einige Jahrzehnte gehalten. In den 70er-Jahren kamen Stagnation und Stagflation, also sinkendes Wachstum bei steigender Inflation und Arbeitslosigkeit. Dann gab es die neo-

liberale Offensive mit Globalisierung und Privatisierungen. Auch das hat eine Zeit funktioniert. Jetzt ist auch dieses Modell am Ende.

SN: Was wäre die neue Lösung?

Da muss ich passen. Aber Staaten werden nicht daran vorbeikönnen, wieder stärker öffentlich zu investieren. Anders als ein Unternehmen muss der Staat keine Gewinne machen und kann so die Wirtschaft eine Weile ankurbeln. Wie lang das gehen soll, weiß ich auch nicht. Damit stehe ich nicht allein, das sagen auch Experten der OECD.

Theoretiker und Aktivist zugleich:



BILD: SN/PRIVAT

Joachim Hirsch ist Professor für Politikwissenschaft in Frankfurt und engagiert sich in einer Stiftung für das Menschenrecht auf Gesundheit.